

Freihandelsabkommen:

Welche ökonomischen und politischen Ziele stecken hinter TPP und TTIP?

Das TTIP-Freihandelsabkommen, das z.Z. zwischen den USA und der EU verhandelt wird, ist in aller Munde. Weniger bekannt ist, dass die USA an einem weiteren Abkommen, TPP, arbeiten. TPP steht für „Transpacific Partnership“. Das Freihandelsprojekt umfasst momentan 12 Anrainerstaaten des Pazifik, darunter neben den USA die Länder Japan, Vietnam, Neuseeland, Mexiko, Malaysia, Chile, Singapur. Bemerkenswert ist, dass China ausgeschlossen ist. Die Freihandelsverträge TPP und TTIP würden bei einem Zustandekommen sehr große ökonomische Auswirkungen haben. Die TPP-Staaten kontrollieren heute 40 % des Welthandels und das TTIP-Abkommen würde Staaten mit einer Gesamteinwohnerzahl von 830 Millionen, einem Drittel des Welthandels und einem Anteil am Welt-BIP von 37 % umfassen.

Angesichts dieser Größenordnung drängt sich die Frage auf, welche ökonomischen und politischen Ziele insbesondere die USA mit diesen Abkommen verfolgen. Um diese Frage beantworten zu können, muss man die ökonomische Situation der USA, des Hauptprotagonisten von TTIP und TPP, eingehender betrachten. Zunächst einmal sind die USA die mit Abstand weltgrößte Militärmacht und sie sind nach China der zweitgrößte Warenexporteur der Welt. Aber die Supermacht hat große Probleme. So übersteigen die US-Importe bei weitem die Exporte. 2013 verkauften die USA Waren im Wert von 2272 Mrd. Dollar. Dagegen standen Einfuhren von 2744 Mrd. Dollar. Unter dem Strich ergab sich ein Defizit von 471 Mrd.

Dollar [1].

US-Handelsdefizit

Das US-Handelsdefizit ist kein neues Problem. Bereits Mitte der 70er Jahre überstiegen die Einfuhren die Ausfuhren. Ursache waren damals vor allem Ölimporte nach dem Rückgang der eigenen Ölförderung sowie Autoimporte. Heute tragen Autos und Öl zu einem geringeren Umfang zum Handelsdefizit der USA bei. Der Grund: Fast alle ausländischen Autohersteller haben heute Werke in den USA und mit dem Fracking ist es den USA gelungen, ihre Importabhängigkeit vom Öl zu reduzieren.

Doch seit Anfang der 90er Jahre hat vor allem das Defizit mit Konsumgütern massiv zugenommen. Die Ursache liegt darin, dass die US-Konzerne zunehmend Komponenten ihrer Güter in Billiglohnländern fertigen lassen, vor allem in China und Mexiko. Sie sind nur dadurch mit ihren Waren konkurrenzfähig bzw. sie erhöhen dadurch ihre Profite. So werden das iPhone und das iPad von Apple zum größten Teil in Südchina vom taiwanesischen Konzern Foxconn gefertigt. Jedes iPhone, das Apple dann in die USA einführt und verkauft, trägt zur negativen US-Handelsbilanz bei. Allein 2013 sollen die Apple-iphones 6 bis 8 Mrd. Dollar am Gesamt-US-Defizit ausgemacht haben [2]. So bleibt ein wesentlicher Teil der Wertschöpfung vieler US-

Produkte in China. Das gilt beispielsweise auch für Nike-Schuhe, Android-Smartphones, Flachbildschirme, Möbel oder Bekleidungsartikel.

Das hat dazu geführt, dass das Handelsbilanzdefizit der USA gegenüber China seit 2000 bis heute um fast 400% angewachsen ist. Insbesondere seit 2009 ist es bisher jedes Jahr weiter angestiegen, im Durchschnitt um 20 Mrd. Dollar [3].

Internationale Kapitalzuflüsse

Eigentlich können sich die USA den Konsum dieser importierten Waren gar nicht leisten. Die dadurch verursachte negative Handelsbilanz, die mit einem erheblichen Kapitalabfluss verbunden ist, würde die USA normalerweise binnen kurzem in eine schwere ökonomische Krise treiben. Dieser Defizit-Handel ist nur möglich, weil die US-Ökonomie auf der anderen Seite große Kapitalströme anzieht. Dies wird dadurch unterstützt, dass der US-Dollar international die Hauptreservewährung ist. Bei den Kapitalzuflüssen in die USA handelt es sich um Firmenbeteiligungen, um Aktienerwerb oder den Kauf von Finanztiteln und Staatsanleihen. Dadurch konnten die USA trotz des Handelsdefizits bisher noch immer eine ausgeglichene Zahlungsbilanz erzielen.

Zunehmende US-Verschuldung

Das Problem an dieser US-Strategie ist, dass sie mit einer zunehmenden Verschuldung einhergeht. Die Staatsverschuldung liegt mittlerweile bei 17,5 Billionen Dollar. Seit der Krise von 2008 gibt es einen weiteren Grund zur Verschuldung: Die Federal Reserve flutet die Märkte mit Milliarden, um den Kollaps des US-Finanzsystems zu verhindern, zur Zeit immer noch jeden Monat mit 35 Milliarden Dollar. Dazu kommt die Privatverschuldung der US-Konsumenten. Obwohl 56 % der Amerikaner laut Time Magazine nicht kreditwürdig seien, ist die Privatverschuldung in den letzten 3 Jahren um 22 % angestiegen. So zahlt jeder US-Amerikaner im Durchschnitt 474 Dollar monatlich, um sein Auto

abzubezahlen. Und auch die Immobilienschulden, durch die 2008 die sog. „Subprime“-Krise ausgelöst wurde, steigen wieder. Hinzu kommen exorbitante Summen an Studentenkredit. Derzeitige und ehemalige US-Studierende sind mittlerweile mit 1,08 Billionen Dollar verschuldet [4].

Die US-Strategie, nämlich mit Kapitalzufluss und Schuldenmacherei ihre ökonomischen Schwächen auszugleichen, ist als kritisch anzusehen. Wenn das Vertrauen in die wirtschaftlichen und politischen Fähigkeiten der USA schwinden sollte, droht der Kapitalzufluss auszutrocknen - mit dann drohenden katastrophalen ökonomischen Folgen. Daher tun die USA alles, um für Anleger attraktiv zu bleiben und reales ökonomisches Wachstum zu erzeugen. Und sie wollen den Dollar weiter als zentrales Zahlungsmittel erhalten. Um dies zu erreichen müssen sie versuchen, ihr Handelsdefizit zu reduzieren.

Rivale China

In dieser Situation sehen sich die USA mit einer zunehmend multipolaren Welt konfrontiert. Sie sind zwar noch immer die größte Wirtschaftsmacht der Welt und ihr Militärbudget ist größer als das aller ihrer Rivalen zusammen. Als Problem sehen die USA dabei die zunehmende Stärke von China an. Während Europa und die USA im letzten Jahrzehnt stagniert haben, setzte China seinen Wachstumsprozess fort. Für seinen zunehmenden Rohstoffbedarf schließt China mittlerweile Verträge mit vielen Ländern der Welt. Und statt in den USA finden heute immer mehr Fertigungsprozesse in China statt. Allein wenn man davon ausgeht, dass China die nächsten 10 Jahre nur ein „bescheidenes“ Wirtschaftswachstum von 7 % erzielen würde, so hätte sich die chinesische Wirtschaftsmacht 2025 erneut verdoppelt. Ein Alptraum für die USA. Sie müssen befürchten, dass in Zukunft

wichtige Kapital- und Handelsströme an ihnen vorbei fließen und sich auf China und den asiatischen Raum konzentrieren.

Amerikanische Strategen und Think Tanks sind der festen Überzeugung, dass China die USA zunehmend wirtschaftlich untergräbt und dass dadurch die Gefahr besteht, dass das fragile Kartenhaus der US-Ökonomie auf Dauer kollabiert. Insbesondere glauben sie, dass China die USA als vorherrschende Macht im asiatischen Raum verdrängen will und dass China hier einen Block aufbauen will, der vornehmlich chinesischen wirtschaftlichen und außenpolitischen Interessen dient.

US-Strategie im pazifischen Raum: TPP

Um dies zu kontern, arbeiten die USA im pazifischen Raum am Aufbau der TPP-Freihandelsgemeinschaft. Mit TPP soll das ökonomische Gewicht der USA im asiatischen Raum wieder steigen. Indem die USA mit den kleineren TPP-Ländern feste Handelsbeziehungen installieren, hoffen sie dadurch Importe aus China zu reduzieren und aus den kleineren TPP-Staaten zu beziehen, auf die sie im Zweifelsfall besser Druck ausüben können. Und eine TPP-Gemeinschaft würde für die USA neue Chancen schaffen in einer Weltregion, die heute die ressourcenreichsten, produktivsten und dynamischsten Länder umfasst.

Neben TPP arbeitet Washington am Aufbau einer transatlantischen Freihandelsgemeinschaft TTIP. Das Ziel ist das gleiche: Indem US-Amerika mit den kleineren EU-Staaten stärkere Handelsbeziehungen entwickelt, soll die ökonomische Bedeutung Chinas relativiert und der weitere Aufstieg des asiatischen Staates zu einer Supermacht, die die USA übersteigt, gebremst werden.

Chinesischer Gegenangriff

China sieht TPP dagegen als Teil einer Strategie, das Land auszugrenzen und zunehmend zu isolieren. Als Gegenmaßnahme setzt China darauf, feste Handelspart-

nerschaften mit den südostasiatischen und den nordostasiatischen Nationen auszuhandeln. So hat China allein 2012 10 Freihandelsabkommen mit Ländern des pazifischen Raums abgeschlossen.

Die Entwicklung droht dazu zu führen, dass Ostasien in zwei gegnerische kapitalistische Blöcke zerfällt.

US-Handelsstrategie und „Geistiges Eigentum“

Die USA haben das Problem, dass ein Großteil ihrer Waren der chinesischen, japanischen oder deutschen Konkurrenz nicht mehr gewachsen ist. Das gilt für Autos, Industrieausrüstungen, Werkzeugmaschinen oder Roboter. Die Frage stellt sich: Haben die USA eine Strategie, um gegen ihre Konkurrenz zu bestehen? Tatsächlich haben sie bereits Mitte der 80-er Jahren in der Auseinandersetzung mit dem aufsteigenden japanischen Kapitalismus ein Gegenrezept entwickelt, das sie auch gegenüber ihren heutigen Konkurrenten anwenden wollen. Sie haben angefangen, ihre Produkte massiv mit Patenten zu belegen. Das wird daran deutlich, dass sich seit den 80-er Jahren in den USA die Zahl der Patentanträge und -erteilungen in nur einem Jahrzehnt verdoppelt haben. In der Regel sind dies keine wirklichen Innovationen, sondern Trivialpatente.

Bereits seit 1980 sind in den USA Patente auf Software möglich, seit 1999 sogar auf Geschäftsprozesse. Insbesondere Softwarepatente werden in den USA als strategische Waffe eingesetzt. Konzerne mit teuren Patentabteilungen reichen jedes Jahr Tausende von Patenten ein. Patentiert ist beispielsweise der Fortschrittsbalken bei Software (IBM-Patent), die Verwendung von Cookies (Microsoft-Patent), Paletten mit Reitern (Adobe-Patent) oder die Geschenksendung an Dritte (Amazon) und das One-Click-Patent (ebenfalls Amazon).

Diese Patente könnte man eigentlich als Lächerlichkeiten abtun. Tatsächlich aber sehen sich Konkurrenten auf dem US-Markt mittlerweile einem regelrechten Sperrfeuer ausgesetzt. Wenn ein Produkt Patentrechte verletzt, kann der Rechteinhaber ein Verkaufsverbot durchsetzen oder teils immens hohe Lizenzgebühren verlangen. Auch für den US-Export hat die Patentierung eine große Bedeutung. Laut US-Regierung beinhalten angeblich 60 % der US-Gesamtexporte einen hohen Anteil „geistigen Eigentums“ [5].

Das Patentunwesen wendet sich inzwischen auch gegen seine Erfinder: So überziehen sich Motorola, Nokia, Microsoft, Google oder Apple gegenseitig mit Patentklagen, bei denen es teilweise um Milliarden geht. So hat Microsoft vor Gericht erreicht, dass Google bis zu 15 Dollar pro verkauftem Handy an den Konzern aus Redmond abführen muss.

Die Patente beschränken sich nicht auf Technik, Software und Musik- und Filmprodukte. Auf die gleiche Weise werden medizinische Produkte und Agrarerzeugnisse, wie Gentech-Entwicklungen aber auch konventionelle Züchtungen, mit Patenten belegt.

Ausbreitung von Trivialpatenten mit TPP und TTIP

Patentrechte gelten nur in den Ländern, in denen sie angemeldet worden sind. In Europa bspw. ist Software bisher nur eingeschränkt patentierbar. Die USA haben dagegen größtes Interesse, dass in all ihren Freihandelsverträgen der „Schutz des geistigen Eigentums“ und damit die Anerkennung der US-Patente festgeschrieben wird. Die USA versprechen sich, dass sich mit TPP und TTIP die Stärke ihrer Internet-Konzerne auszahlen wird. Der Grund: Patentierte Internetfunktionen werden zunehmend in allen Technikbereichen angewendet. So im Automobilbereich, im industriellen Umfeld unter dem Begriff „Industrie 4.0“, bei Hausgeräten („Smarthome“) oder bei Finanzdienstleistungen. Es könnte in Zukunft passieren, dass für alle diese Anwendungen Lizenzgebühren

(Schutzgeld) an die großen US-Internetkonzerne zu bezahlen sind. Die Gebühren sind für die US-Exporte nicht unwesentlich. Ihr Wert liegt mittlerweile in der Größenordnung der Exporte des Agrarsektors. Die großen europäischen und asiatischen Konzerne kalkulieren dies bewusst in ihre Strategie ein – sie nutzen mittlerweile dieselben Methoden. Aber viele kleine Unternehmen in Europa und Ostasien sind angreifbar, weil sie nur wenig Trivialitäten patentiert haben. Mit der Einführung von TTIP und TPP und der damit verbundenen Anerkennung des US-Patentwesens würden in diesen Ländern auch Arbeitsplätze massiv unter Druck geraten.

Wir erleben heute eine globale Auseinandersetzung der großen kapitalistischen Mächte um die Vorherrschaft. Die Freihandelsabkommen sind dabei ein wesentliches Schlachtfeld. Es geht dabei für die Lohnabhängigen und die Masse der Bevölkerung nicht nur um das Patentunwesen sondern um die zunehmende Unterordnung aller Lebensbereiche unter die neoliberale Profitmacherei. Die Verhinderung von TPP und TTIP könnte uns vor schlimmen Zumutungen bewahren.

- [1] US Bureau of Economic Analysis, February 2014
- [2] Karabell, Z.: Our trade deficit with China is vastly exaggerated, 2013
- [3] W.M. Morrison, China-US Trade issues, July 2014
- [4] USA: Verschuldung erreicht Rekord-Niveau von 60 Billionen Dollar, Deutsche Wirtschaftsnachrichten 01.07.14
- [5] Uspto.Gov., United States Patent and Trademark office, Intellectual property and the US economy, 2013

Die Ökosozialistischen Flugschriften erscheinen in loser Folge. Sie werden gemeinsam herausgegeben vom **Linken Forum Frankfurt (LFF)**, der **„Sozialistische Zeitung“ (SOZ)** und der Zeitschrift **„Avanti“** sowie in Kooperation mit der Bildungsgemeinschaft **SALZ** (Soziales – Arbeit – Leben – Zukunft).

Kontakt und Mitarbeit:

Linkes Forum Frankfurt (LFF)

Wilfried Dubois, Postfach 900264, 60442 Frankfurt/M., Mail: LFF.FFMain@yahoo.de